

INHALT:

Coverstory: Unspektakulärer EU-Gipfel	1
Kommentar: Erweiterungsstrategie enttäuscht	3
Dienstleistungsrichtlinie: Nationale Umsetzung steht an	4
Personennahverkehr und Beschäftigte	5
Neues vom EuGH	7
EU-Handelsstrategie: Konzerninteressen dominieren	8
EU-AKP Verhandlungen: Entwicklung bitte warten!	9
EU pusht Investitionsliberalisierung	11
AK Publikationen	12

EDITORIAL

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Noch einmal erhalten Sie in diesem Jahr aktuelle Informationen und Analysen zur Europäischen und internationalen Politik. Eine bis vielleicht auf die teilweise Aussetzung der Verhandlungen mit der Türkei unspektakuläre finnische EU-Präsidentschaft geht demnächst zu Ende. Alles schaut schon gespannt auf das Schwergewicht Deutschland, das im ersten Halbjahr 2006 die EU-Politik im Rahmen seiner Präsidentschaft maßgeblich prägen wird, berichtet Norbert Templ in der Coverstory. Dass die Frage Erweiterung oder Vertiefung mit der neuen EU-Erweiterungsstrategie nach wie vor nicht zufrieden stellend gelöst ist, lesen Sie im Kommentar von Elisabeth Beer. Daneben widmen wir uns der Personennahverkehrsliberalisierung und der EU-Handelspolitik. Viel Spaß beim Lesen, erholsame Feiertage und ein erfolgreiches Jahr 2007 wünscht

Ihr Redaktionsteam ♦

DEZEMBERGIPFEL BEENDET UNSPEKTAKULÄRE EU-PRÄSIDENTSCHAFT FINNLANDS

Mit dem EU-Gipfel in Brüssel geht eine weitgehend unspektakuläre zweite finnische EU-Präsidentschaft zu Ende. Im Mittelpunkt der Gespräche der Staats- und Regierungschefs standen Fragen der Erweiterung, der Migration und Energie, sowie außenpolitische Themen. Die Erwartungen in die deutsche Doppelpräsidentschaft sind hoch – am 1.1.2007 übernimmt Deutschland den Vorsitz in der EU und in der Gruppe der führenden Industrienationen (G8).

Von Norbert Templ, AK Wien (norbert.templ@akwien.at)

Mehr Realismus in der Erweiterungsdebatte

Wenige Tage vor dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens am 1.1.2007 (fünfte Erweiterungsrunde) hat sich der Europäische Rat auf einen neuen Erweiterungskonsens geeinigt. Erneut wird die Erweiterung als europäische Erfolgsgeschichte bezeichnet, aber zukünftig muss das Tempo der Erweiterung die Aufnahmefähigkeit der EU berücksichtigen. Die EU – so Kommissionspräsident Barroso – müsse darauf achten, dass sie durch Erweiterungen „nicht geschwächt, sondern gestärkt wird“. Im Klartext lässt dieser Konsens auf mehr Realismus in der Frage zukünftiger Erweiterungen hoffen. Bestehende Verpflichtungen und auch die Beitrittsoption gegenüber den Westbalkanstaaten werden ernst genommen, aber einen „Garantieschein“ (Angela Merkel) gibt es nicht mehr. Neben strikteren Prüfungen soll auch das Beitrittsdatum nicht mehr von vornherein genannt werden. Die vom Außenministerrat beschlossene Aussetzung von acht der 35 Verhandlungskapitel mit der Türkei wurde bestätigt.

Zu kritisieren ist, dass ein klares Konzept zur Aufnahmefähigkeit der Union nach wie vor fehlt. Eine Verknüpfung der Erweiterungsdebatte mit institutionellen Reformen in der

EU allein wäre sicherlich nicht ausreichend. Aus AK-Sicht sollten künftige Erweiterungen von sozialen Fortschritten in der EU – gemessen an der Verringerung des Wohlstandsgefälles und des Rückgangs der Armuts- und Arbeitslosenquoten – abhängig gemacht werden (siehe auch Beitrag von Elisabeth Beer).

Migrationspolitik und Arbeitsmarkt

Die Gestaltung der Herausforderungen und Chancen der Migration zum Nutzen aller wird vom Europäischen Rat als eine der „wichtigsten Prioritäten am Beginn des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet. Er fordert - unter voller Berücksichtigung nationaler Kompetenzen – die Entwicklung einer gut durchdachten Migrationspolitik, die den Mitgliedstaaten helfen soll, den bestehenden und künftigen Bedarf an Arbeitskräften zu decken und zugleich einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung aller Länder zu Lasten.

Tatsache ist, dass die Ausarbeitung einer Europäischen Migrationspolitik an Tempo gewinnt und mit der Verknüpfung Migration-Arbeitsmarkt Bereiche berührt, die aus ArbeitnehmerInnen-sicht, aber auch im Hinblick auf eine erfolgreiche Integrationspolitik heikel sind. Bis Juni 2007 soll die Kommission ausführliche Vorschläge darüber vorlegen, wie die legale Mig-